

## „Mensch als Ware?!“



Unter der Fragestellung „Mensch als Ware?!“ fand am 3. Mai 2008 im Atrium der Deutschen Bank AG Berlin, Unter den Linden, der 3. Liberal International Day statt. Als Veranstalter zeichneten sich die Deutsche Gruppe der Liberal International (DGLI) sowie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verantwortlich. DGLI-Präsident Patrick Meinhardt MdB und Harald Klein, Bereichsleiter Internationale Politik der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit begrüßten die über 200 Gäste und leiteten ein in die Themenbereiche Menschenhandel, Genitalverstümmelungen und Zwangsehen als Problemfelder auch in Deutschland.

Harald Klein hob in seiner Begrüßung hervor, dass weder Tradition noch Religion den Menschen ihre Freiheit vorenthalten dürfe. Im Zusammenhang mit Zwangsprostitution führte er aus, dass dieses den Betroffenen ihre Würde nehme, ihre Rechte beschneide und zugleich aber den Rechtsstaat in die Pflicht nehme, hier Verantwortung zu übernehmen. Er rief dazu auf, ein gesellschaftliches Klima für diese Thematik zu schaffen. „Die LI kämpft seit über 60 Jahren, die Stiftung seit 50 Jahren für die Freiheit, daher auch der Namenszusatz“, so Klein in seiner Rede. Klein beschrieb anschließend die Arbeitsweise des liberalen Weltverbandes und den Austausch von liberalen Parteien, Organisationen und Stiftungen unter dem Dach des Weltverbandes der Liberal International (LI) mit Sitz in London.



*Harald Klein von der Friedrich-Naumann-Stiftung und DGLI Präsident Patrick Meinhardt*

Mirco Dragowski, Sektionspräsident der DGLI in Berlin und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (FDP), verwies in seinem kurzen Grußwort auf das Liberale Manifest von 1947, das den Respekt vor Menschen in den Zusammenhang der Thematik der Veranstaltung stellte. Die DGLI sehe es als ihre Pflicht an, gegen Unterdrückung der Freiheit in jedweder Form seine Stimme zu erheben, und er kündigte an, die Thematik in Berlin weiterverfolgen zu wollen.

Das Impulsreferat „Mensch als Ware?!“ hielt die in Rumänien geborene und heute als Autorin in Deutschland lebende Journalistin und Preisträgerin „Frau Europas 2007“, Inge Bell, die von ihren Erfahrungen in Ost- und Südosteuropa berichtete. 1999 hatte sie für den ARD-Weltspiegel über deutsche Soldaten auf dem Babystrich im Kosovo berichtet, was seinerzeit zu einem großen Medienecho führte. Dies, so Bell, habe den Anstoß dafür gegeben, sich mit diesem Thema zu befassen. Sie sieht in den Staaten Ost- und Südosteuropas strukturelle

Probleme in den Gesellschaften des Post-Kommunismus, so den Werteverlust, dem Verlust menschlicher Beziehungen und das Problem eines ungezügelter Kapitalismus. Rund 97 % der Opfer der Zwangsprostitution und des Menschenhandels in Europa kämen aus diesen Staaten. Insbesondere Rumänien und Bulgarien, beide seit 2007 EU-Mitglied, bezeichnete sie als „Entwicklungsländer mit EU-Kosmetik“, da es hier weder verlässliche Rechtsstaatlichkeit, erstarkte Demokratie noch eine wirkliche Zukunftsperspektive gebe.



*Inge Bell hielt das Impulsreferat*

Frau Bell hob hervor „Zuhälter und Menschenhändler sprechen die Sprache des Geldes“, bei Zwangsehen jedoch sei die Lage für Kritiker und all diejenigen, die sich gegen Zwangsehen wehrt noch viel bedrohlicher, da hier „die Männer die Sprache der Ehre“ sprächen. In Deutschland gebe es täglich rund 1 Mio. Männer, die Dienste von Prostituierten in Anspruch nehmen. Frau Bell verlangte, Freier sollten ihre Augen aufmachen und Zwangslagen der Beteiligten nicht ausnutzen.



Die Teilnehmer des ersten Podiums

Das Podiumsforum I: Menschenhandel – auch ein Problem in Deutschland?“ wurde von DGLI-Präsident Patrick Meinhardt MdB moderiert. Frau Inge Rudat, Kriminaldirektorin beim Landeskriminalamt Berlin, nahm sich bereits zu Beginn ihres Beitrags vor, nicht mit Zahlen zu agieren, da es kein gesichertes Zahlenmaterial gebe und „jeder einzelne Fall es wert ist, beachtet zu werden“. Immer weniger Frauen seien bereit, Aussage zu machen, um im Bereich des Menschenhandels, dem lukrativsten neben Waffen- und Drogenhandel, Aufklärung zu ermöglichen. „Was wir sehen, ist nur die Spitze des Eisberges“, so Rudat. Als Grund dafür nannte Rudat, dass Familien in den Herkunftsländern bedroht würden und Frauen nach dem Ende des Strafverfahrens in ihre Heimatländer abgeschoben würden, wenn eine konkrete Gefahr für sie nachgewiesen werden könne, was selten belegt werden kann. Als besonders hinderlich für die Aufklärung von Menschenhandel bezeichnete Rudat, dass die betroffenen Frauen eine unabhängige Polizei aus ihren Heimatländern nicht kennen würden. Rudat rief dazu auf, als Freier nicht wegzusehen und fordert eine Bestrafung bei bewusster, gewollter Ausnutzung einer Zwangslage der Prostituierten. Allerdings wandte sie sich auch gegen ein Gesinnungsstrafrecht, wichtig sei, dass der Rechtsstaat reagiere und nicht wegschäue. Sie leitet die Spezialdienststelle Menschenhandel in Berlin und berichtet davon, wie wichtig ein sensibler Umgang mit den oftmals traumatisierten Opfern sei. Frau Rudat kritisierte das Effekt-haschende Interesse der Medien an Stereotypen von Opfern, die nur nach „Sex and Crime“ verlangten.

Frau Henny Engels, Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats berichtete über ihre Erfahrungen mit dem im Vorfeld der Fußball-WM 2006 in Deutschland gestarteten Projekt „Abpfiff“ im Kampf gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel. „Frauenrecht ist Menschenrecht“, sagte Engels. Sie forderte eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den Herkunftsländern, so dass Frauen aus Ost- und Südosteuropa nicht mit falschen Wohlstandsversprechungen nach Westeuropa gelockt werden könnten. Sie forderte die Innenpolitiker auf, die Abschiebep Praxis insbesondere für aussagebereite Prostituierte zu beenden, und verlangte professionelle Hilfe im Kampf gegen Traumatisierung. Auch müsste die finanzielle Ausstattung der ohnehin wenigen Beratungsstellen gesichert werden. Die Freierbestrafung hält sie für das falsche Signal, wohl aber müsse aufgeklärt und gehandelt werden.

Wolf Poulet, International Governance Consulting, Oberst i.R. und langjähriger Referent der FDP-Fraktion für internationale Sicherheitspolitik fasste seine Aussagen in Thesen: Zunächst bedeutet Menschhandel noch kein Problem für die deutsche Gesellschaft, trotzdem ist Deutschland bereits heute eines von 137 Ländern der Welt, in denen ein Markt für Menschenhandel festzustellen sei. Er rief den deutschen Gesetzgeber dazu auf, die EU-Opferschutzrichtlinie nicht mehr so restriktiv auszulegen. Er forderte medizinisch-psychologische Opferunterstützung auszubauen, Opfer nicht mehr in Sammelunterkünften unterzubringen. Er endete mit einem pessimistischen Ausblick über die Zukunft der Menschenrechte. Der Einfluss des Westens werde nachlassen, alleine schon im Verhältnis zum asiatischen Kapitalismus; die UN-Charta der Menschenrechte könnte zur Mindermeinung werden, schon in den Schwellenländern zeige man derzeit weniger Interesse hieran. Er schloss mit den Worten: „Kein zentrales, aber ein moralisches Problem“. Dabei habe man den Teilaspekt des Kinderhandels noch gar nicht angesprochen, dies sei die Büchse der Pandora.

Nach einer Mittagspause folgte das Diskussionsforum II unter dem Thema „Werden Menschenrechte und (sexuelle) Selbstbestimmung durch kulturelle Tradition gebrochen?“, das von dem DGLI-Präsidiumsmitglied und ehemaliger stellvertretenden Geschäftsführerin des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), Frau Lilli Löbsack, moderiert wurde.

In diesem Panel ging es um die Themenbereiche Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde und Genitalverstümmelungen. Frau Serap Cileli, Autorin des Buches „Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre“ berichtete aus eigener Erfahrung vom Schicksal einer beabsichtigten Zwangsverheiratung, die nicht nur in der muslimischen Kultur, sondern überall an der Tagesordnung

sei, obwohl oder gerade weil es darüber keine Statistiken gebe. Ein Grund dafür sei, dass die Opfer über ihr Schicksal schwiegen. Zwar verstoße Zwangsverheiratung gegen Menschenrechte, aber den Betroffenen sei vielfach unklar, wo und wie man Hilfe erhalten könne. Eine besondere Schwierigkeit in diesem Umfeld sei der Umstand, dass man seine eigene Familie anzeigen müsse, wenn man sich wehren wolle. Noch gebe es viele Lücken im Opferschutz, was dazu führe, dass die Frauen sich nicht an die Ordnungsbehörden wenden würden. In der derzeitigen Diskussion machte Frau Cileli nicht nur islamische Fundamentalisten, sondern auch verstärkt nationalistische Töne, auch aus gebildeten Kreisen, insbesondere der türkischen Gemeinde aus. Scharf verurteilte Cileli „Importbräute“, die als „Hauskлавin“ und Dienerinnen gehalten würden, denen es verboten sei, deutsch zu lernen, was z.T. auch von den Familien unterbunden werde. Sie wies darauf hin, dass die Problematik in Deutschland zwar seit 2005 in der intensiven Diskussion sei, Zwangsehen unter Migranten aber seit 50 Jahren an der Tagesordnung seien. Ihr sei unverständlich, warum viele Medien bislang vor einer intensiven Berichterstattung zurückschreckten. Ihr sei vielfach als Begründung genannt worden, dies „würde Ausländerfeindlichkeit schüren“. „Gilt aber das Grundgesetz nicht auch für Muslime?“, fragte Cileli nicht nur rhetorisch? Sie geißelte krankhafte patriarchalische Familienstrukturen, die die Grundlage dafür seien, dass Frauen Angst hätten Anzeigen zu erstatten. Hier sei die Politik in der Pflicht zu handeln.



*Die Teilnehmer des zweiten Podiums*

Hellmut Königshaus, MdB und Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, sprach über die über Jahrhunderte tradierte Form von Ehrenmorden. Zwar sprach er sich zur Toleranz gegenüber Traditionen aus, sah aber in dem Ehrenmord in Berlin 2006 nicht ein bloßes tragisches Einzelschicksal, sondern erkannte darin vielmehr ein System. Es sei wichtig, dass alle, die in diesem Land lebten, die Grundwerte des Grundgesetzes achten. Es gebe keinen rechtfertigenden Notstand der Familienehre, die eine Tötung erlauben könne, es gebe keine erlaubte Geringschätzung aufgrund von Tradition.

Lilli Löbsack leitete über zum Thema der Genitalverstümmelung von Frauen, über das ein falscher Begriff der Toleranz, ein Mantel des Schweigens gebreitet werde. Angesichts von über 300 Mio. Betroffenen ein ungeheurer Vorgang. Frau Barbara Lochbihler sprach als Generalsekretärin von amnesty international Deutschland von geschätzten über 2 Mio. Fällen

von weiblicher Genitalverstümmelung weltweit, unter zumeist lebensbedrohlichen hygienischen Umständen, bei denen zu etwa 85 % aller Fälle die Klitorisvorhaut komplett entfernt werde. Weit verbreitet sei die sog. Infibulation, bei der innere und äußere Schamlippen abgeschnitten werden. Folge derartiger Eingriffe, die fast ausschließlich von Frauen vorgenommen würden, seien oftmals Blutungen mit Todesfolge. Aus insgesamt 28 Ländern Afrikas sowie des arabisch-asiatischen Raumes seien solche Verstümmelungen bekannt, in Deutschland seien diese zwar verboten, würden jedoch auch hier praktiziert. Fragt man sich nach einer Begründung solcher Taten, so würden Kontrolle über die sexuellen Aktivitäten der Frauen, diffuse Ehrvorstellungen, ein zweifelhafter hygienischer Nutzen und sonstige Gründe als Rechtfertigungen vorgebracht. Amnesty international geißle in seiner Arbeit immer wieder diese Missachtung des Menschenrechts auf körperliche Unversehrtheit und rief dazu auf, den Kampf für die Beachtung der Menschenrechte weltweit auf den eigentlichen Kern des Kampfes gegen Unrecht zu präzisieren. Man sei der Aufklärung verpflichtet und sehe mit Sorge, dass Fundamentalismen immer stärker „en vogue“ seien. Menschenrechte seien universell, es gebe nicht nur eine Art zu leben.

Frau Riem Spielhaus, Islamwissenschaftlerin und Vorstandsmitglied der Muslimischen Akademie in Deutschland betonte die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Dialogs über den Nationalen Integrationsplan hinaus, um mehr Verständnis zu erreichen. Dr. Peter Schütt, Publizist sprach als Konvertit von seiner Wahrnehmung muslimischer Glaubensinhalte und bezeichnete sich als „liberaler Muslim“. Der Mensch sei nicht Gott, er übernehme aber Verantwortung für sich und für die Welt.

Präsident Patrick Meinhardt schloss die anschließende Fragerunde und damit den offenen Dialog der Veranstaltung. Der 3. Liberal International Day müsse Vieles offen lassen, wohl aber habe er dazu beigetragen, ein Thema zu enttabuisieren und ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.



*Eine sehr gut besuchte Veranstaltung der Deutschen Gruppe der Liberal International (DGLI)*

*Die Fotoaufnahmen wurden von Herrn Sandro Schilder, Schatzmeister der DGLI, gefertigt. Vielen Dank!*

---

Deutsche Gruppe Liberal International e.V.  
Dorotheenstraße 56  
10117 Berlin

Tel.: 0 30 - 227-7 42 87  
Fax: 0 30 - 227-7 62 87  
Internet: [www.dgli.de](http://www.dgli.de)

Verantwortlich:  
Dirk Weissleder  
Vizepräsident der DGLI  
E-Mail: [sinaconsult@t-online.de](mailto:sinaconsult@t-online.de)